

Antrag INI02: Wir sind solidarisch. Komme, was wolle.

1 Unsere Generation lebt in einer Zeit multipler Krisen. Die Auswirkungen des
2 Klimawandels auf unseren Planeten sind bereits jetzt schlimmer als von vergangenen
3 wissenschaftlichen Prognosen erwartet. Der Klimawandel ist auch heute schon ein
4 sicherheitspolitisches Problem und führt zu existenziellen sozialen weltweiten
5 Krisen. Hinzukommen weitere weltpolitische Krisen wie die Finanzkrise, die
6 wirtschaftlichen Verwerfungen als Folge der Corona-Pandemie, die „Eurokrise“ sowie
7 schließlich die aktuelle Situation als Folge des russischen Angriffskriegs auf die
8 Ukraine. Das wirtschaftliche und gesellschaftliche System Kapitalismus produziert
9 einerseits selbst Krisen und zeigt sich andererseits extrem anfällig für externe
10 Schocks. Des Weiteren zeigt sich, dass das kapitalistische System nicht in der Lage
11 ist die Grundbedarfe von Menschen nach Nahrung, wohnen, Energieversorgung, Mobilität,
12 Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Menschen zu decken. Gerade in
13 diesen krisenhaften Situationen zeigt sich, dass stets die armutsbetroffenen und
14 prekär lebenden Menschen auf der Verlierer*innenseite stehen. Während seit der
15 Finanzkrise die Vermögenden in den Industrieländern immer vermögender geworden sind,
16 sind die Realeinkommen der breiten Masse hinter den Wachstumsraten weit zurück
17 geblieben oder sogar gesunken. Entgegen den Zielen der UN sind wir weit davon
18 entfernt, die absolute Armut auf der Welt zu beseitigen, ganz im Gegenteil nehmen
19 Armut und Hunger zuletzt weiter zu und der Unterschied zwischen armen und reichen
20 Ländern wird immer gravierender. Ob bei der Debatte um die Freigabe der Patente für
21 die Impfstoffe oder im Kampf um Weizenlieferungen, die Solidarität der
22 industrialisierten Ländern mit sich entwickelnden Ländern ist in Krisenzeiten nicht
23 viel mehr als ein Lippenbekenntnis. Die globale Ungleichheit wird zusätzlich
24 verschärft durch den Klimawandel, dessen Auswirkungen die Länder des globalen Südens
25 vielfach stärker treffen als die des globalen Nordens.

26

27 Für uns Jusos ist klar:

28 Der Kapitalismus mit dem wesentlichen Aspekt der auf Privateigentum basierenden
29 Produktionsweise und dem allein auf Kapitalakkumulation konzentrierten Zweck ist an
30 sich krisenhaft. Er begünstigt nicht nur die Entstehung von Krisen, sondern erzeugt
31 sie durch den ihm immanenten marktförmigen Expansionszwang, dem die herrschende
32 Klasse unterliegt. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zeigt sich in den
33 letzten Jahrzehnten am deutlichsten dadurch, dass Krisen international und national
34 immer die Arbeitenden am stärksten getroffen haben. Denjenigen, die über hohe
35 Konzentrationen an Kapital verfügen, gelingt es dagegen vielfach im Rahmen von Krisen
36 diese zu erhöhen. über hohe Konzentrationen an Kapital verfügen, gelingt es dagegen
37 vielfach im Rahmen von Krisen diese zu erhöhen.

38 Wir sehen uns als Sozialist*innen und als Stimme der jungen Generation in der
39 Verantwortung, stets die langfristige Perspektive zu suchen: Wir wollen das
40 wirtschaftliche und gesellschaftliche System Kapitalismus, dessen Systemlogik
41 zwangsläufig zu der Ausbeutung von armutsbetroffenen, prekär lebenden, arbeitenden
42 sowie diskriminierungsbetroffenen Menschen und der Zerstörung der Umwelt führt,
43 beenden. Die Unwuchten dieser Krisen lassen uns gerade nicht verzweifeln, sondern
44 zeigen uns nur umso mehr: Es braucht unseren Mut und unseren Willen, um all das zu

45 verändern.

46

47 Gerade in den aktuellen Krisen zeigt sich, wie schädlich es ist, dass die
48 Daseinsvorsorge, vor allem das Gesundheitssystem und die Energieversorgung teilweise
49 privatisiert sind, sodass es sogar autokratischen Staaten möglich ist, direkt in die
50 Energieversorgung hierzulande zu investieren und sie unter ihre Kontrolle zu bringen.
51 Die Privatisierung von Energie-Importeuren und vieler kommunaler Energieversorger
52 erweist sich abermals als gravierender Fehler. Die Krisen zeigen, wie anfällig unser
53 Sozialsystem ist: Es muss hektisch sozial- und arbeitsmarktpolitisch nachgesteuert
54 werden, weil es eben keine breite Absicherung aller Menschen gibt und einkommensarme
55 Menschen nicht annähernd die Chance hatten sich finanzielle Rücklagen aufzubauen,
56 ganz zu schweigen von denjenigen, die strukturell in Armut gehalten werden. Wir
57 beobachten, wie sich Unternehmen schamlos an der Krise bereichern, die Preise stärker
58 als notwendig erhöhen, um ihren Eigentümer*innen Rekorddividende zu ermöglichen und
59 gleichzeitig für Lohnzurückhaltung ihrer Angestellten werben.

60

61 Wir fühlen uns darin bestärkt, dass wir weiterhin für einen grundsätzlichen
62 Systemwechsel streiten, für ein globales Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, dass
63 gegenseitige Solidarität und das Wohlergehen der Vielen anstrebt, statt den Reichtum
64 der Wenigen. Deshalb braucht es gerade jetzt die Gewissheit: Nicht diejenigen, die
65 sowieso schon besonders belastet sind, müssen wieder einmal die Belastungen stemmen,
66 sondern gerade sie können auf einen starken Sozialstaat zählen. Dafür braucht es
67 schnelle und entschlossene Antworten, damit eben gerade jene entlastet werden, die
68 die Krise am härtesten trifft. Neben den Arbeitenden sind das insbesondere
69 Rentner*in, Studierende, Kinder und Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen
70 keiner Lohnarbeit nachgehen.. Die Arbeitende Klasse ist nicht die einzige von
71 Ausbeutung betroffene Klasse, sie ist nur die einzig wehrhafte, da die
72 kapitalistische Klasse auf sie angewiesen ist. Wir müssen jene zur Verantwortung
73 ziehen, die sich auch in der Krise versuchen, zu bereichern. Die Politik und
74 insbesondere die Sozialdemokratie muss zeigen, dass sie sich nicht den Marktlogiken
75 des kapitalistischen Systems unterwirft, sondern in der Krise fest an der Seite
76 derjenigen steht, die Verlierer*innen des Kapitalistischen Wirtschaftssystems sind.
77 Mitglieder der Fraktion und insbesondere unsere Jusos-Abgeordneten auf.

78 In diesen Krisenzeiten verlieren die Menschen zusehends Hoffnung für die Zukunft. Ob
79 sie sich Sorgen machen, dass ihre Ausbildung in den nächsten Jahren nicht mehr
80 gebraucht wird oder ob ihr Betrieb die Energiekrise überstehen kann, die Fragen, die
81 sich Menschen stellen, setzen an ihren direkten materiellen Lebensverhältnissen an.
82 Deswegen ist es unser Auftrag als politische Linke, in der Debatte um die Zukunft des
83 industriellen Kerns dieses Landes unsere Vision klar zu benennen. Wir wollen
84 Antworten geben, die mehr sind als Abwehrkämpfe, wir wollen offensiv die
85 Primärverteilung zugunsten der Vielen verbessern. Dabei bleibt unser Ziel die
86 Demokratisierung aller Lebensbereiche, insbesondere der Betriebe. Diese ist ein
87 Schritt, um die Menschen zu ermächtigen, selbst über ihre Arbeits- und Lebensumstände
88 zu entscheiden.

89 Vor allem der russische Angriff und die deutsche Abhängigkeit von russischen

90 Energieimporten haben erhebliche soziale Auswirkungen auf viele Menschen in unserem
91 Land. Während die Einen in der aktuellen Krise unter steigenden Kosten leiden,
92 profitieren andere von Übergewinnen. Die Krisenprofiteur*innen sind eben jene, die
93 seit Jahren auf der Gewinner*innenseite bei der Vermögens- und Einkommensverteilung
94 stehen. In der Zeit der Krise ist es wichtig, dass der Staat auch um die
95 gesellschaftliche Stabilität und den sozialen Frieden zu wahren, diese
96 Ungerechtigkeiten nicht hinnimmt. Unsere sozialpolitischen Antworten müssen
97 sicherstellen, dass einkommensarme, armutsbetroffene sowie prekär lebende Menschen
98 nicht diejenigen sind, die in unserer Gesellschaft den höchsten Preis für Putins
99 Krieg zahlen. Der Kern sozialistischer Politik ist dabei mehr, als nur die
100 Verhinderung von Verschlechterungen, es geht für uns darum die Lebensbedingungen
101 substantiell zu verbessern über grundlegende Verteilungsfragen und die
102 Demokratisierung aller Lebensbereiche.

103

104 Es ist eine politische Entscheidung, wen und wie wir in dieser sozialen Krise
105 entlasten und wen wir belasten. Wir setzen uns für substantielle Entlastungen ein und
106 kämpfen dafür, dass die Kosten der Krise von denen getragen werden, die in den
107 letzten Jahrzehnten und jetzt wieder von krisenhaften Entwicklungen profitieren.

108 Für uns ist klar: Wir sind solidarisch mit denen, die täglich Verantwortung tragen,
109 dass Staat und Gesellschaft weiterhin funktionieren. Ob sie in Krankenhäusern oder
110 Supermärkten, in der Industrie oder im Einzelhandel arbeiten. Wir sind solidarisch
111 mit denen, die diese Krise am härtesten trifft und stehen ihnen mit aller Kraft bei.
112 Komme, was wolle.

113

114 **Kurzfristige Entlastungsmaßnahmen**

115 Als unmittelbare Reaktion auf die Krise brauchen wir schnell wirksame
116 Entlastungsmaßnahmen, die in der aktuellen Situation Entlastungen für diejenigen
117 bringen, die unter den Preissteigerungen leiden.

118

119 **Günstige Mobilität für alle!**

120 Mobilität sichert gesellschaftliche Teilhabe. Der Weg zur Arbeit, zur Schule, zur
121 Ausbildungsstelle oder an die Uni, zum Ärzt*innenpraxis oder zur Kinderbetreuung
122 viele Strecken können nicht ersetzt werden. Aber auch Strecken zu Freund*innen,
123 Familie oder zu politischen Veranstaltungen, Vereinsarbeit oder zur Erholung bei
124 einem Ausflug. Mobilität steht allen zu und zwar klimafreundlich und bezahlbar. Den
125 Herausforderungen von hohen Spritpreise, der Notwendigkeit einer Verkehrswende für
126 eine klimaneutrale Zukunft und den steigenden Preise im ÖPNV müssen wir gleichzeitig
127 begegnen. Das 49€-Ticket ist ein guter Schritt, um den Tarifdschungel zu überwinden
128 und insbesondere Menschen zu entlasten, die über Tarifgrenzen hinweg jeden Tag mit
129 dem ÖPNV zur Arbeit pendeln müssen. Dennoch ist das 49 Euro Ticket vor dem
130 Hintergrund, dass z.B. Sozialhilfe Beziehenden aktuell nur 40,27 Euro zu gesprochen
131 wird für Verkehr eine sozial ausgrenzende und ungerechte Lösung.

132 **9 Euro Ticket beibehalten & ticketloser ÖPNV für junge und armutsbetroffene Menschen**

133 Als erster Schritt ist die sofortige Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets notwendig.

134 Bund und Länder müssen dafür jetzt eine gemeinsame Lösung finden, statt weiter über
135 die Finanzierung zu streiten. Schüler*innen, Studis, Azubis und armutsbetroffene
136 Menschen sollen einen kostenlosen Zugang zum ÖPNV bekommen, gerade sie sind es, die
137 stark auf den ÖPNV angewiesen sind. Mobilität darf nicht zu einer sozialen Frage
138 werden, da Studi-Tickets einen erheblichen Teil des Semesterbeitrags ausmachen, sehen
139 wir hier eine unbürokratische Möglichkeit für weitere notwendige Entlastungen. Selbes
140 gilt auch für Azubis, bei ihnen macht ein Azubi-Ticket (sofern es eins gibt) einen
141 großen Teil der viel zu geringen Entlohnung aus. Das Ziel bleibt der
142 umlagefinanzierte und fahrscheinlose ÖPNV für alle Menschen.

143 Fernverkehr bezahlbar machen

144 Ein faires Preismodell im Fernverkehr. Subventionierte und bezahlbare Preise, die
145 den schienengebundenen Verkehr zur effizientesten Reiseform zwischen deutschen
146 Großstädten machen. Kostenlose Nutzung des Fernverkehrs für Schüler*innen,
147 Studierende, Auszubildende, FSJler*innen und Rentner*innen, damit die Reise zum
148 Beispiel zur Familie nicht zur finanziellen Krise führt.

149 Ausbildungsoffensive für den ÖPNV

150 Wir brauchen eine Ausbildungsoffensive von 100.000 Jobs in den Bereichen
151 Fahrzeugproduktion und -instandhaltung, Service und Fahrbetrieb. So kann der
152 zukünftige Fachkräftebedarf gedeckt werden, den wir für eine erfolgreiche
153 Verkehrswende brauchen. Gleichzeitig erhalten junge Menschen eine Zukunftsperspektive
154 in sicheren und nach Tarif bezahlten Ausbildungsberufen.

155

156 **Entlastungen für Studierende und Azubis**

157 Studierende und Azubis haben bereits während der Corona-Pandemie besondere
158 Einschränkungen hinnehmen müssen, die offengelegt haben, dass die aktuellen
159 Unterstützungsleistungen nicht ausreichen, um eine finanzielle Absicherung für alle
160 in der Ausbildung zu gewährleisten. Viele Studierende mussten enorme Einschränkungen
161 hinnehmen, die zu Lasten ihres Studiums, ihrer finanziellen Lage und ihrer mentalen
162 Gesundheit gingen. Erneut ist absehbar, dass die ökonomische Krise Studierende und
163 Azubis auf besondere Weise treffen und herausfordern wird.

164 Azubis

165 Neben der bereits erfolgten Unterstützung über die Berufsausbildungsbeihilfe und die
166 Einmalzahlung im dritten Hilfspaket gilt es, strukturelle Entlastungen für
167 Auszubildende zu schaffen. Dafür setzen wir uns für eine zusätzliche Erhöhung der
168 Mindestausbildungsvergütung zum 01.01.2023 auf insgesamt 750€ im ersten
169 Ausbildungsjahr ein. Auch die Berufsausbildungsbeihilfe muss entsprechend angepasst
170 werden und elternunabhängig sein. Auszubildende müssen ebenso wie der Rest der
171 Bevölkerung von allgemeinen Entlastungsmaßnahmen profitieren.

172 Studierende

173 Ebenso müssen Studierende finanziell massiv entlastet werden. 30% der Studierenden
174 fallen unter die Armutsgrenze, weshalb die oft finanziell prekäre Lage dieser auch in
175 den sozialpolitischen Entlastungen Anklang finden muss. Zum einen müssen Studierende
176 von den Entlastungspaketen direkt profitieren. Zum anderen bedarf es einer
177 grundlegenden Reform des BAföGs, die die Bedarfssätze als Vollzuschuss deutlich

178 anhebt und durch die Anhebung der Förderhöchstdauer und Elternunabhängigkeit, die
179 Anzahl der geförderten Studierenden massiv ausweitet. Dafür fordern wir eine
180 jährliche Anpassung an die zu erwartende Inflation. Hinzu kommt die dringend
181 benötigte Ausfinanzierung der Studierendenwerke durch die Länder, um den Zugang zu
182 günstigem Essen und bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen. Weiterhin fordern wir eine
183 Ausweitung der Kostendeckung von studentischen Beiträgen in die Pflichtversicherungen
184 durch das BAföG.

185

186 **Winterhilfe für Alle!**

187 Strukturelle Entlastungen, wie sie in der Koalition auch schon teilweise auf den Weg
188 gebracht wurden, sind der richtige Weg, um mittelfristig nachhaltige Entlastungen zu
189 schaffen. Viele davon werden jedoch erst im nächsten Jahr wirksam werden. Vor allem
190 einkommensschwache Gruppen und Empfänger*innen von staatlichen
191 Unterstützungsleistungen wissen aber häufig bereits jetzt nicht, wie sie angesichts
192 der aktuellen Preise durch den Winter kommen sollen. Deshalb unterstützen wir die
193 Forderung nach einer abhängig vom Einkommen progressiv ausgestalteten Winterhilfe in
194 Form einer Einmalzahlung an alle Haushalte, die einfach und unbürokratisch über den
195 Winter hilft. Sie soll mit steigendem Einkommen progressiv abgeschmolzen werden.
196 Menschen, deren Einkommen mit dem Spitzensteuersatz versteuert wird, sollen keine
197 Auszahlungen erhalten. Die Winterhilfe soll möglichst noch vor Jahresende ausgezahlt
198 werden.

199

200 **Lebensmittelpreise runter!**

201 Die Inflation betrifft neben den Energiepreisen vor allem die Preise auf
202 Lebensmittel, hier sind die Preise im letzten Jahr um fast 20% gestiegen.
203 Armutsbetroffene und prekär lebende Menschen, bei denen die Ausgaben für Lebensmittel
204 einen größeren Anteil an den Gesamtausgaben ausmachen, sind davon besonders
205 betroffen, die Inflation trifft nicht alle Menschen gleich, sie trifft ärmere
206 Menschen besonders hart. Die langen Schlangen vor den Tafeln sind Ausdruck der
207 besorgniserregenden Entwicklung, dass immer mehr Menschen in Deutschland sich nicht
208 mehr ihre Lebensmittel leisten können. Die Umsatzsteuer auf Lebensmittel erhöht die
209 Preise auf Lebensmittel zusätzlich und verstärkt damit die Inflation. Als Jusos
210 lehnen wir allgemein wirksame indirekte Besteuerung ohne politische Lenkungswirkung
211 ab. Die EU hat angesichts der inflationären Entwicklung die Möglichkeit geschaffen,
212 die Umsatzsteuer auf Lebensmittel abzuschaffen. Wir fordern, von dieser Möglichkeit
213 in Deutschland Gebrauch zu machen, um damit einen einmaligen, dämpfenden Effekt auf
214 die Preise der Lebensmittel zu entfalten. Die Unternehmen sollen gesetzlich
215 verpflichtet werden, die geringeren Kosten über die Preise an die
216 Endverbraucher*innen weiterzugeben.

217

218 **Gaspreisdeckel: Gut, aber nicht gut genug.**

219 Wir Jusos begrüßen, dass unsere Forderung nach einer Verhinderung der Gasumlage und
220 einer Deckelung des Gaspreises erfolgreich war. Die gestiegenen Energiepreise sind
221 maßgebliche Treiber der Inflation, sie zu begrenzen und gleichzeitig die Gasspeicher
222 zu füllen, ist somit einer der wichtigsten Hebel, um die Bürger*innen zu entlasten

223 und die Versorgung sicherzustellen. Trotzdem sehen wir Nachbesserungsbedarf bei der
224 Gaspreisbremse, wie sie von der Kommission vorgeschlagen wurde. Einerseits kommt sie
225 für Privathaushalte zu spät. Die Übernahme der Abschlagszahlung im Dezember reicht
226 nicht, um die Haushalte für die gestiegenen Kosten in diesem Winter zu entlasten.
227 Deshalb setzen wir uns für eine weitere Direktzahlung Anfang des Jahres und eine
228 Gültigkeit des Gaspreisdeckels ab Januar, auch für private Haushalte ein. Darüber
229 hinaus vermag die aktuelle Ausgestaltung der Gaspreisbremse nicht sicherzustellen,
230 dass einkommensarme Haushalte bei den Entlastungen stärker berücksichtigt werden, als
231 einkommensstarke Haushalte. Ganz im Gegenteil werden tendenziell jene Haushalte
232 bevorzugt, die im letzten Jahr einen hohen Verbrauch hatten, was häufig wohlhabendere
233 Haushalte begünstigen dürfte. Eine wirklich bedürfnisgerechte Ausgestaltung der
234 Gaspreisbremse steht jedoch in dem Zielkonflikt damit, dass die Entlastungen
235 möglichst schnell bei den Haushalten ankommen sollen und die Daten bei den
236 Versorger*innen über die Personenanzahl in den jeweiligen Haushalten erst erhoben
237 werden müssten. Deshalb kann derzeit nur eine annäherungsweise gerechte Ausgestaltung
238 durch eine gestaffelte Gaspreisbremse vorgenommen werden. Dafür fordern wir, dass ein
239 Sockelverbrauch (Vorschlag: 4.000 kWh) zu einem günstigeren Preis auf Vorkrisenniveau
240 (etwa 7 ct) gedeckelt wird. Bis zu einer festgelegten Obergrenze (Vorschlag: 25.000
241 kWh) gilt ein höherer gedeckelter Preis (etwa 14 ct), oberhalb dieser zweiten
242 Haltelinie findet keine Deckelung mehr statt. Damit würden einerseits Einsparanreize
243 beibehalten werden, gleichzeitig würden aber kleinere Wohnungen, in denen häufig
244 Menschen mit geringeren Einkommen leben, stärker entlastet. Sollten die Kosten auf
245 dem globalen Markt die Höhe der Preisdeckelung übersteigen, ist der Staat in der
246 Pflicht, diese Differenz zur Sicherstellung der Grundversorgung aufzufangen.
247 Weiterhin fordern wir die begrenzte Abzugsfähigkeit von gestiegenen Energiekosten im
248 Rahmen der Einkommenssteuer für Arbeitnehmer*innen und Selbstständige im Rahmen der
249 Einkommenssteuer, die nicht mit bereits bestehenden Pauschalen verrechnet wird. Neben
250 dieser konkreten Maßnahme zur Entlastung der Bürger*innen, setzen wir uns weiterhin
251 dafür ein, dass Unternehmen der Energieversorgung als Teil der Daseinsvorsorge
252 langfristig vergesellschaftet und nicht mehr nach gewinnwirtschaftlichen Prinzipien
253 betrieben werden.

254 Neben den Gaspreisen benötigen auch die Strompreise einen Deckel. Bisher ist die
255 Bundesregierung mit Details schuldig geblieben. Wir fordern, dass der Strompreis bis
256 zu einem Durchschnittsverbrauch von 1300 Kilowattstunden pro Person und Jahr auf
257 einen günstigen Preis auf Vorkrisen-Niveau gedeckelt wird. Nach dem Vorbild der
258 Gaspreisbremse fordern wir auch hier einen gedeckelten höheren Strompreis bis zu 2500
259 kWh. Oberhalb dieser zweiten Grenze findet keine Deckelung mehr statt.

260

261 **Entlastungen beim Wohnen**

262 Bereits seit Jahren erleben wir einen stetigen Anstieg der Mieten. Besonders in
263 Ballungsräumen ist es inzwischen keine Seltenheit, dass Menschen mehr als 50% ihres
264 Einkommens für ihre Miete ausgeben. Hiervon besonders betroffen sind Gruppen, die
265 häufiger umziehen und somit nicht in den Genuss alter Mietverträge zu guten
266 Konditionen kommen, dazu gehören insbesondere auch junge Menschen. Die aktuelle
267 Inflation wird von Wohnungsunternehmen als vorgeschobenes Argument genutzt, die
268 Kaltmieten weiter zu erhöhen, ohne dass sie bis jetzt den Nachweis angetreten hätten,

269 wie die gestiegenen Energiepreise, die ohnehin von ihren Mieter*innen bezahlt werden,
270 sie besonders belasten. Erneut zeigt sich, dass ein kapitalistischer, von
271 Profitinteressen getriebener Markt nicht in der Lage ist, das Grundbedürfnis auf
272 Wohnen der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zu bedienen. Deshalb bleiben wir
273 weiter bei unserer Forderung, dass langfristig mindestens 2/3 der Mietwohnungen in
274 öffentliche oder genossenschaftliche Hand überführt werden müssen.

275 Wohnraum absichern!

276 Gerade wenn die Preise in anderen Bereichen immer mehr steigen, ist es aber auch
277 notwendig bei den Mieten kurzfristige Entlastung zu schaffen. Allein eine
278 Neubauoffensive wird die Probleme der hohen Mieten nicht lösen. Deshalb setzen wir
279 uns für die kurzfristige Einführung eines bundesweiten Mietensstopps ein, um
280 Entlastung zu schaffen und zu verhindern, dass Wohnungsunternehmen aus der Krise
281 weiteren Profit schlagen. Der Mietensstopp soll auch für Staffel- und Indexmieten
282 gelten. Neben dem Mietensstopp setzen wir uns für die Einführung eines
283 Kündigungsmoratoriums sowie eines Moratoriums für Gas- und Stromsperren ein, um
284 Obdachlosigkeit zu vermeiden, wenn Menschen aufgrund der allgemein höheren Kosten
285 nicht mehr in der Lage sind, pünktlich ihre Miete zu begleichen, insbesondere die
286 Blockade der FDP und ihres Justizministers gilt es an dieser Stelle in der Koalition
287 zu brechen.

288 Künftig soll durch eine Reform der Empfänger*innenkreis für Wohngeld deutlich erhöht
289 werden - auf ca. 2 Millionen Empfänger*innen. Wir unterstützen diesen wichtigen
290 Schritt, obwohl es fraglich ist, ob die geplante Erhöhung wirklich ausreicht.
291 Außerdem sind bereits jetzt viele Ämter mit den Wohngeldanträgen überlastet. Deshalb
292 müssen die Verfahrensabläufe deutlich vereinfacht werden. Bisher teilen sich Bund und
293 Länder die Kosten für das Wohngeld: Die Erhöhung des Empfänger:innenkreises belastet
294 die Länder zusätzlich. Wir fordern, dass der Bund die zusätzlichen Mehrkosten
295 übernimmt. jährliche Mietkostensteigerung.

296 Heizkosten

297 Die explodierenden Energiekosten treffen besonders Mieter*innen, die entgegen der
298 Bestimmungen der Heizkostenverordnung nicht verbauchsabhängig abgerechnet werden.
299 Besonders betroffen sind hier Wohnungen in Gebäuden mit Mischnutzung, da die
300 Glasfronten von Gewerbebetrieben einen deutlich höheren Energieverlust zu verzeichnen
301 haben. Daher fordern wir eine Erhöhung des Kürzungsrechts bei nicht
302 verbauchsabhängiger Abrechnung der Heizkosten von 30%.
303 Mieter*innen in unsanierten Wohngebäuden leiden unter besonders hohen Heizkosten.
304 Deshalb fordern wir eine anteilige Übernahme der Heizkosten bei Öl- und Gasheizungen
305 durch die Vermieter*innen, abhängig von der Energieeffizienzklasse des Wohngebäudes.
306 Diese Regelung soll auch für Mieter*innen gelten, die ihre Verträge direkt mit dem
307 Öl- bzw. Gaslieferant*innen abschließen müssen, z.B. weil das Gebäude über eine
308 Etagenheizung verfügt.

309

310 **Höhere Löhne statt höhere Zinsen!**

311 Die derzeitige Inflation wird nicht durch eine zu hohe Nachfrage verursacht, sondern
312 durch eine Verknappung des Angebots auf den Rohstoffmärkten und bestimmten
313 Gütermärkten. Sie wurde nicht durch eine Ausweitung der Geldmenge durch die EZB oder

314 zu hohe Löhne herbeigeführt. Eine Erhöhung der Leitzinsen wird mithin auch nicht die
315 Inflation bekämpfen, sondern droht ganz im Gegenteil, sich als großes Risiko für die
316 wirtschaftliche Erholung herauszustellen und die real verfügbaren Einkommen
317 insbesondere von einkommensarmen und mittelständischen Haushalten weiter zu
318 reduzieren.

319 Es braucht deshalb aktuell keine höheren Zinsen, sondern höhere Löhne. Wir
320 unterstützen deshalb die Gewerkschaften in ihrem Kampf für Tarifabschlüsse, die
321 mindestens die Inflation ausgleichen. Wir kämpfen insbesondere solidarisch an der
322 Seite der Kolleg*innen die Anfang 2023 in der Auseinandersetzung um den Tarifvertrag
323 öffentlicher Dienst (TVöD) (10,5%) und die aktuell laufende Tarifaufeinandersetzung
324 Metall&Elektro (8,0%), da die Tarifverträge nicht nur für die direkt Betroffenen
325 entscheidend ist sondern auch richtungsweisend für die Tarifabschlüsse von Millionen
326 Arbeitenden sein wird. Statt Einmalzahlungen bedarf es dauerhafter Erhöhungen des
327 Lohnniveaus, ebenso wie wir davon ausgehen, dass die aktuelle Inflation auch
328 dauerhaft das Preisniveau erhöhen wird. Im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten soll die
329 Bundesregierung sich bspw. in der konzertierten Aktion, die Gewerkschaften in ihrem
330 Kampf für höhere Löhne unterstützen und Druck auf die Unternehmer*innen ausüben.

331 Zudem setzen wir uns insbesondere in Branchen mit geringer Tarifbindung dafür ein,
332 dass gezielt und verstärkt von der Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
333 Gebrauch gemacht wird.

334 Zuletzt setzen wir uns dafür ein, dass der Mindestlohn, der im Oktober einmalig auf
335 12€ erhöht wurde, zum Beginn des nächsten Jahres auf 15€ angehoben wird, damit die
336 richtigerweise im Koalitionsvertrag vereinbarte einmalige Erhöhung nicht von der
337 Inflation aufgefressen wird.

338 **Keine zusätzlichen Belastungen!**

339 Neben den aktuellen ökonomischen Herausforderungen, die einen enormen Anstieg der
340 Lebenshaltungskosten mit sich ziehen, zeigen sich uns die anhaltenden Folgen der
341 pandemischen Lage - gerade das Gesundheitssystem betreffend. Das seit Jahren
342 chronisch unterfinanzierte Gesundheitswesen spürt nun in erheblicher Art und Weise
343 die fehlenden Investitionen und staatlichen Interventionen der letzten Jahre. Im Zuge
344 dessen hat sich über Jahre eine Finanzierungslücke im Gesundheitssystem aufgetan, die
345 nun durch eine Erhebung des Zusatzbeitrages - beschlossen im Sommer diesen Jahres -
346 mitunter ausgeglichen werden soll.

347 Für uns Jungsozialist*innen ist klar: in einer ökonomischen Krisenlage, in der der
348 überwiegende Anteil der Bevölkerung sich mit finanziellen Nöten konfrontiert sieht,
349 darf es keine zusätzlichen Belastungen für kleine und mittlere Einkommen geben! Aus
350 diesem Grund fordern wir Jusos ein zeitlich befristetes Moratorium, das den Anstieg
351 von Sozialversicherungsbeiträgen in den nächsten Jahren ausschließen soll. Die
352 Finanzierungslücke muss in diesem Fall durch das Hinzuziehen weiterer Steuermittel
353 übernommen werden.

354

355 **Strukturelle Entlastungen**

356 Daneben gilt es, die Lücken in unserem Sozialsystem insgesamt zu schließen. Unser
357 Sozialsystem ist in der aktuellen Form nicht zukunftsfähig, um die großen

358 Transformationen unserer Gesellschaft abfedern zu können. Resiliente Gesellschaften
359 sind solidarische Gesellschaften, in der die Gemeinschaft den Einzelnen gegen
360 Lebensrisiken versichert und ein soziales Sicherungssystem schafft, das auch bei
361 Krisen, dem Einzelnen soziale Sicherheit garantieren kann.

362

363 **Bürger*innengeld**

364 Die Abschaffung von Hartz IV und die Einführung des Bürger*innengeldes sind ein
365 richtiger und notwendiger Schritt, den wir Jusos bereits seit Langem erstreiten.
366 Dabei sind uns folgende Eckpunkte besonders wichtig, damit das Bürger*innengeld
367 substantielle Verbesserungen für die Betroffenen mit sich bringt und nicht nur einen
368 neuen Namen.

369 Die Regelsätze müssen rauf!

370 Die Regelsätze müssen das sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Existenzminimum
371 umfassend absichern. Dafür bedarf es einer signifikanten Erhöhung der Regelsätze. Wir
372 wollen einmalig den Regelsatz auf 678€ erhöhen, um die Grundbedürfnisse der
373 Empfänger*innen abzudecken. Um eine armutsfeste Grundsicherung auch künftig zu
374 gewährleisten, muss die Berechnungsgrundlage der Regelsätze angepasst werden, sodass
375 auch zukünftig sichergestellt ist, dass das Existenzminimum durch den Regelsatz
376 umfassend abgedeckt wird. Zudem muss künftig sichergestellt werden, dass die
377 Regelsätze automatisch und vollständig mindestens an die Inflation angepasst werden.

378 Sanktionen weg!

379 Wir sind der Überzeugung, dass in einem Sozialstaat das Existenzminimum für jede*n
380 garantiert sein muss und jede*r Bürger*in einen Anspruch gegenüber dem Staat hat,
381 dass ihm dieses unabhängig von der eigenen Lebenssituation garantiert wird. Damit
382 sind Sanktionen der Sozialhilfe unvereinbar. Sie dienen nicht der besseren
383 Vermittlung der Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen, sondern lediglich der
384 Einschüchterung und Stigmatisierung. Wir setzen uns deshalb weiter dafür ein, dass
385 das Bürgergeld vollständig mit der Sanktionslogik von Hartz IV bricht und die
386 Sanktionen abgeschafft werden.

387 Zuverdienstmöglichkeiten ausweiten

388 Für junge Erwachsene aus Familien, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, erweisen sich
389 vor allem die sehr stark beschränkten Zuverdienstmöglichkeiten als Armutsfalle. Sie
390 machen es unattraktiv, dass Jugendliche, die in einem gemeinsamen Haushalt mit ihren
391 Eltern leben, eine Beschäftigung aufnehmen, bei der sie einen Großteil des
392 Verdienstes wieder an den Staat abgeben müssen. Dadurch, dass sogar Teile der
393 Ausbildungsvergütung an das Jobcenter zurückgezahlt werden, vermindert die
394 Abschöpfung sogar die Attraktivität, eine Ausbildung anzutreten. Wir setzen uns
395 deshalb für eine vollständige Abschaffung der Zuverdienstbeschränkungen für junge
396 Erwachsene aus Familien in der Sozialhilfe ein.

397 Energiekosten vollständig übernehmen

398 Während die Kosten für die Heizung vom Jobcenter getragen werden, müssen
399 Bezieher*innen von Hartz IV aktuell ihre Stromkostenrechnung selbst bezahlen. Bei
400 steigenden Strompreisen stellt dies für viele vor allem im Moment eine extrem hohe
401 Belastung dar. Wir setzen uns dafür ein, dass Energiekosten gleich behandelt werden

402 und Stromkosten ebenso wie die Kosten für das Heizen von den Jobcentern vollständig
403 übernommen werden. Außerdem muss das Verfahren bei der Übernahme von Nachzahlungen
404 für Gas- und Stromkosten vereinfacht werden.

405 Kommunikation auf Augenhöhe

406 Ein weitere Änderung betrifft das Ziel, eine Kultur und Kommunikation auf Augenhöhe
407 zwischen den Arbeitsvermittler*innen und Arbeitssuchenden zu schaffen. Wir begrüßen,
408 dass durch das Bürger*innengeld eine neue Kultur geschaffen werden soll. Um dies
409 möglich zu machen, benötigt es allerdings eine ausreichende Ausstattung und einen
410 verbesserten Personalschlüssel.

411

412 **Geflüchtete entlasten und Perspektiven schaffen**

413 Durch den Krieg in der Ukraine sind viele Ukrainer*innen auf der Flucht. Ebenso
414 fliehen viele Russ*innen und versuchen so einem autokratischen Regime zu entkommen.
415 Wir lehnen verschärfte Einreisebedingungen in die EU, wie beispielsweise für
416 Russ*innen, die sich weigern in diesem Angriffskrieg zu kämpfen, grundlegend ab! Für
417 uns steht fest, dass Deutschland ein sicherer Hafen sein muss, egal ob für die aus
418 Krisenherden fliehen. Deutschland muss den Anspruch haben, diesen Menschen Asyl und
419 Zukunftsperspektiven zu bieten. Daher braucht es schnelle und einfache Verfahren, die
420 es Menschen ermöglichen, zeitnah Anschluss und Sicherheit in Deutschland zu finden.
421 Jedoch müssen Geflüchtete auch überhaupt die Möglichkeit haben, zu uns zu gelangen.
422 Es ist unsere solidarische Verpflichtung legale und sichere Fluchtrouten zu schaffen!

423 Geflüchtete gehören zu der Gruppe, die durch die steigenden Preise vor allem bei
424 Lebensmitteln stark belastet werden. Die Regelsätze für Geflüchtete müssen denen der
425 Sozialhilfe angeglichen werden, Einmalzahlungen müssen ihnen gleichermaßen
426 zugutekommen. Zusätzlich darf es keine Sanktionierungen nach dem
427 Asylbewerber*innenleistungsgesetz mehr geben. Für Geflüchtete und Menschen im
428 Asylverfahren müssen einfache und gute Qualifizierungsmöglichkeiten geschaffen
429 werden, die sie dabei unterstützen, eine Beschäftigung oder Ausbildungsplätze in
430 Deutschland anzutreten. Dabei darf ihnen ihr Status als Asylbewerber*innen nicht im
431 Wege stehen, dauerhafte Arbeitsvisa zu erhalten, wenn sie eine solche Beschäftigung
432 finden. Eine Politik, die meint zwischen 'guten' und 'schlechten' Geflüchteten
433 unterscheiden zu können, erteilen wir eine entschiedene Absage. Klar ist für uns:
434 Kein Mensch ist illegal und das Recht auf ein Leben in Würde sollte jedem Menschen
435 garantiert werden unabhängig von Rassifizierungen, angenommener Religion oder
436 Herkunftsland. Auch Akteur*innen in unserer Mutterpartei, die eine solche
437 Unterscheidung als legitim erachten, stellen wir uns deshalb in den Weg.

438

439 **Chancengleichheit für Kinder und junge Erwachsene**

440 Nicht nur in Studium und Ausbildung ist es Aufgabe des Staates, dass Kinder und junge
441 Erwachsene die gleichen Chancen auf ihrem Lebensweg haben.

442 Aktuelle Zahlen belegen, dass in Deutschland etwa jedes fünfte Kind in Armut lebt.
443 Der Alltag eines armen Kindes in Deutschland ist geprägt von Mangel Erfahrungen.
444 Dieser Mangel zeige sich in einem Mangel an finanziellen Mitteln, Fürsorge,
445 Aufmerksamkeit, Anerkennung, Zeit, Möglichkeiten der Freizeitgestaltungen sowie an

446 Perspektiven. Diese Armut und diesen Mangel lässt unser Staat zu. Mithilfe der
447 Kindergrundsicherung sollen armutsbetroffene Kinder und Jugendliche finanziell
448 entlastet werden. Bislang gibt es eine Vielzahl an Leistungen für Familien, bei denen
449 es den Anspruchsberechtigten häufig schwerfällt, den Überblick zu behalten. Die
450 Kompliziertheit des Systems führt damit im Ergebnis häufig dazu, dass Leistungen
451 nicht abgerufen werden. Die Einführung der Kindergrundsicherung muss hier zu einer
452 deutlichen Vereinfachung und damit zu einer Erleichterung der Geltendmachung der
453 bestehenden Ansprüche führen. Gleichzeitig darf es keinesfalls zu einer Absenkung des
454 Unterstützungsniveaus insgesamt führen, ganz im Gegenteil, Familien sind besonders
455 stark betroffen durch die aktuell steigenden Preisen und müssen dementsprechend auch
456 besonders entlastet werden.

457 Die Einführung der neuen Kindergrundsicherung muss Priorität für die Ampel haben und
458 sollte bis spätestens Mitte des Jahres 2023 kommen.

459 Die für Familien bedeutendste Leistung sind aktuell Kindergeld und Kinderfreibetrag,
460 die alternativ beansprucht werden können. Einkommensstarke Familien, die den
461 Kinderfreibetrag beanspruchen, profitieren im Ergebnis stärker davon. Die neue
462 Kindergrundsicherung soll einkommensärmere Familien durch die Auszahlung eines
463 erhöhten Basisbetrags stärker entlasten, während einkommensstarke Familien über die
464 Steuererklärung maximal einen Betrag in der Höhe des Basisbetrags der neuen
465 Kindergrundsicherung erhalten sollen.

466 Dabei muss der Basisbetrag der Kindergrundsicherung unter Berücksichtigung der
467 tatsächlichen Bedarfe ebenso wie der Preissteigerungen des letzten Jahres deutlich
468 angehoben werden. Statt bislang 237 sprechen wir uns für einen Basisbetrag in Höhe
469 von 300€ aus.

470 Für viele junge Menschen stellt die Überweisung des Kindergelds durch ihre Eltern
471 einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung dar. Nicht selten behalten Eltern aber das
472 Kindergeld ihrer volljährigen Kinder selbst ein und diese schrecken davor zurück,
473 ihren Anspruch gerichtlich durchzusetzen. Deshalb besteht ein wichtiger Teil der
474 Neuaufstellung der Kindergrundsicherung darin, dass volljährigen Kindern künftig die
475 Kindergrundsicherung auf ihr eigenes Konto überwiesen wird.

476

477 **Klimageld**

478 Als Maßnahme des dritten Hilfspakets wurde die Erhöhung des CO₂-Preises weiter
479 verschoben. Als Jusos teilen wir die Überzeugung, dass ein Teil der Strategie zur
480 Bekämpfung des Klimawandels auch die Bepreisung von CO₂ ist, sofern für die dadurch
481 Belasteten die Möglichkeit besteht, auf klimafreundliche Verhaltensweisen
482 umzusteigen. Gerade einkommensarme Gruppen sind jedoch durch derartige Bepreisungen
483 im Verhältnis zu ihrem gesamt verfügbaren Einkommen stärker betroffen. Diese soziale
484 Härte gilt es auszugleichen. Wir unterstützen deshalb, dass spätestens mit der
485 Erhöhung des CO₂-Preises ein Klimageld eingeführt wird, dass degressiv abschmilzt, je
486 höher das Einkommen ist und damit Menschen mit geringen Einkommen stärker entlastet.
487 Dadurch sollen die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung vor allem einkommensärmeren
488 Gruppen überproportional zugutekommen und gleichzeitig die gewünschte Anreizwirkung
489 des Preismechanismus erhalten bleiben.

490

491 **Solidarische Finanzierung**

492 Wir wehren uns gegen die Erzählung, dass in der Krise alle den Gürtel enger schnallen
493 müssten. Verantwortungsvolle und sozial gerechte Politik sollte hingegen dafür
494 sorgen, dass diejenigen die Rechnung zahlen, die sich in den letzten Jahren
495 regelmäßig größere Gürtel kaufen mussten, weil sie immer auf der Gewinner*innenseite
496 der kapitalistischen Wohlstandslotterie standen. Außerdem gilt es, endlich die
497 Fesseln der Schuldenbremse abzuschütteln, die die Handlungsfähigkeit der Politik
498 künstlich begrenzt.

499

500 **Die Schuldenbremse muss weg**

501 Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten, ist es notwendig, dass der Staat sich
502 die Möglichkeit vorbehält, auch soziale Ausgleichsmaßnahmen über die Aufnahmen von
503 Schulden zu finanzieren. Die Schuldenbremse schränkt die Handlungsspielräume des
504 Staates zu stark ein. Deswegen bleiben wir bei unserer grundsätzlichen Ablehnung und
505 setzen uns dafür ein, dass die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz gestrichen wird
506 (Vgl. Beschlussbuch 2021 Antrag W3). Kurzfristig setzen wir uns dafür ein, die
507 bestehenden Spielräume zu nutzen und die Schuldenbremse für die kommenden
508 Haushaltsjahre auszusetzen.

509

510 **Einmalige Vermögensabgabe**

511 Seit dem Ende der Finanzkrise sind die privaten Vermögen in Deutschland immer stärker
512 gewachsen. Immer mehr Einkommen wird über Kapitalerträge statt über Arbeit generiert.
513 Dabei besitzen die reichsten 10% deutlich mehr als die Hälfte des Vermögens, während
514 die ökonomisch Schwachen in der Gesellschaft kein Vermögen besitzen oder sogar
515 verschuldet sind. Diese zunehmend ungleiche Verteilung ist Resultat der
516 systemimmanenten Akkumulations- und Konzentrationsprozesse im wirtschaftlichem System
517 Kapitalismus und führt zu unerträglichen gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten. Es
518 gilt, die Reichsten der Reichen gerade jetzt zur Finanzierung der Kosten der Krise
519 heranzuziehen. Dafür setzen wir uns für eine einmalige Vermögensabgabe auf Privat-
520 und Betriebsvermögen ab zwei, bzw. 5 Millionen in Höhe von 10 bis 30% (progressiv
521 ansteigend). Ab einem Vermögen von 50 Mio. soll eine Abgabe von 50% gelten. Die
522 Steuerschuld soll dabei über mehrere Jahre abgetragen werden können. Diese einmalige
523 Abgabe soll sowohl zur Finanzierung der Kosten der Krise beitragen, als auch eine
524 einmalig wirkende Korrektur der zunehmenden Ungleichverteilung der Vermögen bewirken.
525 Um Fehlanreize entgegenzuwirken, liegt der allgemeine Bewertungsstichtag in der
526 Vergangenheit.

527

528 **Übergewinnsteuer**

529 Gerade in der Krise haben Unternehmen hohe Gewinne gemacht. Vor allem
530 Energieunternehmen, Rüstungsunternehmen, aber auch Unternehmen in anderen Branchen
531 haben die allgemeine Inflation dafür genutzt, ihre Produkte stärker als notwendig zu
532 verteuern und ihre Profite damit zu erhöhen. Neben den gestiegenen Energiekosten hat
533 diese "Gewinn-Preis-Spirale" die allgemeinen Lebenshaltungskosten weiter erhöht.
534 Diese Bereicherung auf Kosten der ökonomisch Schwachen in einer Krise darf politisch

535 nicht hingenommen werden. Die Übergewinne der Unternehmen müssen abgeschöpft und zur
536 Finanzierung der Kosten der Krise herangezogen werden. Wir wollen diese Übergewinne
537 effektiv besteuern. Dabei ist es unser Ziel, dass von Unternehmen, die durch die
538 Krise Übergewinne gemacht haben, 90% dieser Übergewinne abgeschöpft werden. Dabei
539 begrüßen wir eine einheitliche und nicht auf einzelne Branchen begrenzte europäische
540 Regelung, die rückwirkend für das Jahr 2022 wirken muss. Sollte diese jedoch entweder
541 nicht rückwirkend in Kraft treten, Branchen, die in der Krise Übergewinne gemacht
542 haben, außer Acht lassen oder der Höhe nach hinter unseren Zielvorstellungen
543 zurückbleiben, ist sie durch eine bundesrechtliche Lösung zu ergänzen, die ebendies
544 sicherstellt. In diesem Zuge muss auch das Kartellrecht verschärft werden und
545 zulassen, dass bei Machtmissbrauch Konzerne zerschlagen werden können. Zudem müssen
546 Gewinne von Kapitalgesellschaften stärker (progressiv) besteuert werden.